

Deutschnationale und  
Nationalliberale in den  
bürgerlichen Parteien  
nach 1945

## Erbschuld aus Weimar?

Manfred Kittel

In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen, nicht nur, aber bevorzugt zu Wahlkampfzeiten, wird in der politischen Debatte der Bundesrepublik von interessierter Seite die Frage der Kontinuitätslinien zwischen den „bürgerlichen“ Parteien der Weimarer Zeit und ihren „Nachfolgern“ in der frühen Bundesrepublik aufgeworfen – bis hin zur Behauptung, die „Vorläufer“ von CDU, CSU und FDP trügen Schuld an Hitlers Machtergreifung.

Die Empörung der betroffenen Parteien ist historisch zunächst insofern begründet, als es sich bei ihnen eben gerade nicht um Wiederauflagen der liberalen und konservativen Weimarer Organisationen handelte, sondern um Neugründungen. Pate stand dabei die am Ende der Weimarer Republik, spätestens aber im Kirchenkampf während des Dritten Reiches gewonnene Erkenntnis, die unheilvolle Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte in Protestanten und Katholiken (DNVP und Zentrum beziehungsweise BVP), in Links- und Rechtsliberale (DDP beziehungsweise DVP), in ländlichen und städtischen Mittelstand (Landvolk-beziehungsweise Mittelstandspartei) endlich überwinden zu müssen. Politiker und Wähler von DDP und DVP sammelten sich nach 1945 bekanntlich überwiegend in der FDP, katholische und evangelische Christen überwiegend in CDU und CSU, Versuche, das katholische Zentrum wieder zu beleben, endeten in einer – im Übrigen bis heute bestehenden – Splitterpartei. Organisationsgeschichtlich gesehen sind pau-

schale „Vorläuferthesen“ also ganz und gar abwegig, aber sind sie es auch im Blick auf die personellen Kontinuitäten zwischen dem Liberalismus beziehungsweise Konservatismus der späten Weimarer und der frühen Bundesrepublik? Schließlich waren mit Konrad Adenauer und Theodor Heuss die führenden Politiker von Union und FDP – und nicht nur diese – während der Weimarer Zeit bereits im Zentrum beziehungsweise in der DDP tätig gewesen.

### Notwendige Differenzierung

Selbst wer sich auf diese Argumentation einließe, käme doch nicht an dem differenzierten Stand der historischen Forschung zum Scheitern von Weimar vorbei. Hier werden gegen die Politik der Sozialdemokratie – wegen ihrer starren Haltung am Ende der Großen Koalition 1930 oder ihrer Passivität beim Preußenschlag des rechtsautoritären Reichskanzlers Papen im Juli 1932 – fast ebenso viele Punkte ins Treffen geführt wie gegen den Kurs des Zentrums, der DDP oder der von monarchischen Sehnsüchten nicht freien BVP. Tatsache ist zudem, dass Zentrum und DDP – gemeinsam mit der Sozialdemokratie! – als „Weimarer Koalition“ die Grundlagen der ersten Demokratie auf deutschem Boden legten und dass sie im größten Land der Republik, in Preußen, die Demokratie fast bis zum Schluss Seit an Seit gegen die Extremisten von links und rechts verteidigten. Gewiss trennten sich auch oft ihre Wege, zuletzt bei der Abstimmung über das Ermächtigungsge-

setz im März 1933. Doch so sehr das mutige „Nein“ der SPD-Reichstagsabgeordneten in diesem Fall zu würdigen ist, so problematisch wäre es, das gegensätzliche Votum von Liberalen und Christlich-Konservativen damit einfach zu kontrastieren. Heuss hatte innerhalb seiner Fraktion gegen das Gesetz gestimmt, sich im Plenum lediglich dem Fraktionszwang gebeugt; das Zentrum erlag zwar der nationalsozialistischen Doppelstrategie aus Verführung und Gewalt und stimmte zu, doch die Motive, die den politischen Katholizismus zur Anpassung verleiteten, ähnelten augenfällig denen, die wenig später auch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zur Teilnahme an der Massenveranstaltung am 1. Mai 1933 mit Hitler auf dem Tempelhofer Feld aufrufen und damit faktisch die folgende Gleichschaltung sanktionieren ließen.

Mit einem Wort: Die historische Rolle von Zentrum, DDP und Arbeiterbewegung in Weimar war so komplex, dass sich direkte oder indirekte politische „Nachfahren“ tunlichst davor hüten sollten, daraus Munition für den politischen Tageskampf herzustellen.

### **Tatsächliche Spuren zu CDU, CSU und FDP?**

Aber bei den Deutschnationalen (DNVP) und der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), so ließe sich einwenden, lag die Sache doch klarer, zumindest was die Politik beider Parteien, die vor allem das liberale beziehungsweise konservative protestantische Bürgertum repräsentierten, in der Endphase der Weimarer Republik anbelangt. Die Nationalliberalen drifteten nach dem Tod des Vernunftrepublikaners Gustav Stresemann 1929 immer weiter nach rechts bis in die Harzburger Front hinein zu den entschiedenen Gegnern der Weimarer Demokratie, die der zum DNVP-Vorsitzenden gewählte Pressezar Alfred Hugenberg um die

Deutschnationalen zu sammeln suchte. Doch führen von diesem prominenten Steigbügelhalter Hitlers und seinen Getreuen, die ab Januar 1933 der NSDAP in einem Kabinett der „nationalen Konzentration“ zur Regierungsmehrheit verhalten, tatsächlich Spuren in die Gründungsgeschichte von CDU, CSU und FDP?

Der Komplex ist nicht leicht zu erhellen, weil die auf der Linken immer wieder aufkommende Neigung, den deutschen Nachkriegskonservatismus beziehungsweise Liberalismus mit „Faschismuskeulen“ oder zumindest Säbeln und Degen dieser Art zu bekämpfen, die Bereitschaft von Union und FDP, sich dem nationalprotestantischen Wurzelstrang ihrer Vergangenheit zu stellen, nicht eben gesteigert hat.

So konstatierte Christian F. Trippe noch in einer 1999 bei der Parlamentarismuskommision erschienenen Dissertation zur DNVP, die CDU bekenne sich anscheinend „nicht zur deutschnationalen Wurzel ihrer Existenz“, sondern betone „ausschließlich die Traditionen des Zentrums und der Christlich-Sozialen Bewegung“. Arbeiten zur regionalen Parteigeschichte, die aus eindeutiger Nähe zu einzelnen Parteien verfasst worden seien, ließen viele Fragen offen und blendeten „oft Teilbereiche der historischen Wahrheit aus“. Trippe nennt als Beleg hierfür das von P. L. Weihnacht besorgte Sammelwerk zur „CDU in Baden-Württemberg“, in dem H. Sproll zwar vieles über das Zentrum und den Christlich-Sozialen Volksdienst erzähle, über die protestantisch-bürgerliche Württembergische Bürgerpartei, die Landesgliederung der DNVP, aber kein Wort verliere. Trippes Kritik ist insofern bedenkenswert, als die verbreitete Bezugnahme auf den Christlich-Sozialen Volksdienst, dem etliche spätere evangelische Unionsgründer am Ende der Weimarer Republik für kurze Zeit angehört hatten, von der Tatsache abzulenken vermag, dass diese Politiker

vorher nicht selten für die DNVP engagiert waren. Andererseits würde Trippel aber irren, wenn er damit andeuten wollte, dies seien alles „Ewiggestrige“ gewesen, weil es sich eben in Wirklichkeit um demokratisch geläuterte Ex-DNVP-Anhänger handelte.

Denn wer nach den Gründen für die erstaunliche Erfolgsgeschichte der bundesdeutschen Demokratie in der Ära Adenauer sucht, hat neben der Analyse wirtschaftlicher und außenpolitischer Entwicklungen vor allem auch eine Frage zu stellen, die zu selten in der notwendigen Schärfe formuliert wird: Es ist die Frage nach der Wandlung des vom 19. Jahrhundert her stark nationalprotestantisch geprägten liberalen beziehungsweise konservativen evangelischen Bevölkerungsteiles. Dieser trug in den 1920er Jahren – antidemokratisch, nationalistisch und monarchisch-rückwärtsgewandt – mit seiner Neigung zu DNVP und DVP, schließlich auch mit der Anfälligkeit für die NS-Bewegung gewiss maßgeblich zum Scheitern der Weimarer Republik bei, verlor nach 1945 freilich in der Bundesrepublik nicht nur quantitativ gegenüber dem Katholizismus an Bedeutung, sondern fand endlich in einem mühsamen, von Rückschlägen begleiteten Prozess doch mehr und mehr Anschluss an die neue demokratische Entwicklung.

### Verteilung auf breites Spektrum

Ein wichtiger parteipolitischer Gradmesser für diesen mentalen Trend waren vor allem die bis in die fünfziger Jahre hinein noch sehr schwankende Akzeptanz der manchen zu katholisch vorkommenden CDU/CSU in der evangelischen Wählerschaft, die Auseinandersetzung dieser neuen überkonfessionellen christlichen Sammlungsparteien mit einer oft dezidiert nationalprotestantisch-konfessionalistisch auftretenden FDP sowie die Spannungen innerhalb der Freien Demokraten selbst, deren nationaler Flügel gegen den

Widerstand der Linksliberalen eine „Rechtspartei“ aufzubauen gedachte, um im evangelisch-national-konservativen Milieu gegen Konkurrenten wie die Deutsche Partei (DP), den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) oder sogar die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei (SRP) bestehen zu können.

Die genannten Parteien markieren das breite politische Spektrum, auf das sich die traditionellen nationalprotestantischen Wählerschichten von vor 1933 nach 1945 verteilten; denn die antikirchlichen Maßnahmen des NS-Regimes hatten das Vertrauen in eine vermeintlich stets gute autoritäre Obrigkeit so schwer erschüttert und die rassenideologische Vernichtungspolitik des Dritten Reiches die Gefährlichkeit nationalistischer Gedanken so dramatisch vor Augen geführt, dass ein Wiederanknüpfen an die Strukturen der Weimarer Zeit und insbesondere ein Wiederaufbau von nationalliberaler DVP oder gar deutschnationaler DNVP sich fast von selbst verbot – einmal davon abgesehen, dass in den ersten Nachkriegsjahren auch die Siegermächte mit ihren Lizenzierungspraktiken derartigen Bemühungen im Wege standen. Ehemals führende Politiker von DNVP und DVP fanden so nur selten Anschluss an die neue politische Entwicklung; und in der Regel auch nur dann, wenn sie jedenfalls zur NSDAP Abstand gehalten hatten, wie sich etwa am bayerischen Beispiel exemplifizieren lässt.

### Typische Biografien

Hier fällt ins Auge, dass die meisten der einstmaligen deutschnationalen CSU-Gründer nicht bis 1933 bei der DNVP geblieben waren, sondern die Partei schon nach Hugenbergs Wahl zum DNVP-Vorsitzenden 1929 oder 1930 verlassen hatten, weil sie den damit einhergehenden Rechtsruck nicht mitvollziehen konnten. Dies galt auch für zwei der prominentesten Ex-

DNVP-Mandatsträger, die sich am Aufbau der CSU in Mittelfranken beteiligten: den Erlanger Theologieprofessor Hermann Strathmann, der 1930 zum Christlich-Sozialen Volksdienst gewechselt war, und den Landwirt Georg Bachmann, der 1930 für die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei in den Reichstag gewählt wurde. Andere ehemalige deutschnationale Kommunalpolitiker hatten im Kirchenkampf ihre Erfahrungen mit einer totalitären Diktatur gesammelt, oder sie waren wie der Landbundmann und spätere CSU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Bauereisen als so grimmige Gegner des Nationalsozialismus bekannt, dass sie mit einem Verbot jeglicher politischer Betätigung belegt wurden und bis 1945 in ständiger Furcht vor einer Inhaftierung durch die Gestapo leben mussten. Vor diesem Hintergrund ist es auch zu verstehen, dass die amerikanische Militärregierung etwa im Landkreis Rothenburg nach dem Krieg ein ehemaliges Landesvorstandsmitglied der Deutschnationalen als Landrat einsetzte.

In Oberfranken fand der Landwirt Adam Sühler, deutschnationaler Landtagsabgeordneter von 1928 bis 1932, Ende 1945 eine neue politische Heimat in der CSU. Ein Versuch der NSDAP, den geradlinigen lutherisch-konservativen Bauernführer durch das Angebot eines Reichstagsmandats für die Zwecke des Dritten Reiches zu gewinnen, war gescheitert. „Mit euch will ich nichts zu tun haben“, hatte er entgegnet und sich stattdessen ganz auf seinen Hof zurückgezogen. Noch im Mai 1945 wurde Sühler, der auch im Kirchenkampf seinen Mann gestanden hatte, von der amerikanischen Militärregierung wieder zum Bürgermeister seiner Heimatgemeinde berufen und 1947 dann zum Landrat von Kulmbach gewählt.

Neben Sühler wurde vor allem auch August Haußleiter zum Motor der regionalen CSU. Der aus einem evangelischen

Pfarrhaus stammende Haußleiter hatte in den zwanziger Jahren als Gymnasiast in Bayreuth nationalen Wehrverbänden, später auch der nationalliberalen DVP angehört. Seit 1928 als Redakteur beim Fränkischen Kurier in Nürnberg tätig, war der studierte Theologe und Philosoph mit Julius Streicher in Konflikt geraten und hatte nach seinem Hinauswurf aus der Redaktion an der Ostfront gekämpft. Anfang 1946 wurde der zwischenzeitlich als Aushilfslehrer tätig gewordene Haußleiter vom evangelischen Ortsgeistlichen für die CSU engagiert, in der er es bis zum stellvertretenden Landesvorsitzenden brachte.

### Entschiedene Abwendung vom Nationalsozialismus

Die geschilderten Biografien machen deutlich, dass auch die von den nationalprotestantischen Weimarer Parteien herkommenden CSU-Gründer das schreckliche Gesicht des Nationalsozialismus meist recht früh erkannt und sich dann entschieden von ihm abgewandt hatten. Bekannte NS-Aktivisten konnten schon deshalb schwerlich in der CSU-Aufbaugeneration zu finden sein, weil die teils zum aktiven antinationalsozialistischen Widerstand gehörende CSU-Führungsriege um Josef Müller und Alois Hundhammer es unerträglich gefunden hätte, mit schwer belasteten Nazis an einem Vorstandstisch zu sitzen. Für die große Zahl der weniger prominenten, überwiegend katholischen, aus der BVP-Tradition, aus den Bauernvereinen oder der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommenden CSU-Gründer galt dies ebenso; und selbst in den mehrheitlich evangelischen Regionen des bayerischen Franken fielen die kirchentreuen politischen Neulinge, die vorher aus prinzipiellen Erwägungen oder wegen ihrer Jugend keiner Partei angehört hatten, ungleich stärker ins Gewicht als die geläuterten Deutschnatio-

nenal beziehungsweise Nationalliberalen.

Bei der bayerischen FDP sah die Sache ähnlich aus. Ihr prominentester Ex-Deutschnationaler, der protestantische fränkische Bauer Konrad Frühwald, wurde 1949 – hinter dem von der DDP kommenden Thomas Dehler – auf einem Spitzenplatz für den Bundestag aufgestellt. Parlamentserfahrungen hatte er schon vor 1933 als DNVP-Abgeordneter im bayerischen Maximilianeum gesammelt. Allerdings war der tief christlich geprägte Frühwald nach Hugenberg's Wahl zum DNVP-Vorsitzenden innerparteilich auf Oppositionskurs gegangen, hatte sich besonders auch von den „Nazi-Sozis“ distanziert und die Jahre nach 1933 als Wanderschäfer in der inneren Emigration verbracht. Regionale Politiker wie Frühwald sind im Übrigen in der berühmten „Erfassung führender Männer der Systemzeit“ noch nicht einmal verzeichnet, unter denen das nationalsozialistische SD-Hauptamt 1939 auch 73, überwiegend für DVP oder DNVP engagiert gewesene Personen als „Rechtsopposition und Reaktion“ auflistete.

### Vorurteile ohne Realitätsgehalt

Die Lebensläufe Frühwalds und anderer, die in Bayern und Deutschland, aus dem nationalprotestantischen DVP- beziehungsweise DNVP-Milieu Weimars kommend, nach 1945 zu CDU, CSU oder FDP stießen, sind nur vor dem Hintergrund ihrer Zeit – das heißt, mit Ranke zu sprechen, „unmittelbar zu Gott“ – angemessen zu bewerten. Die Nachlebenden stehen heute oft fassungslos vor dem Berg nationalistischer, antisemitischer oder antidemokratischer Ressentiments, an dem die Weimarer Republik scheiterte. Doch waren Irrtümer dieser und anderer Art bei DVP und DNVP lediglich be-

sonders ausgeprägt, keineswegs aber auf sie beschränkt.

„Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“ dachte damals manch einer in der Arbeiterbewegung; und ausgerechnet der Sozialdemokrat Otto Wels, der die großartige Rede gegen das Ermächtigungsgesetz hielt, sah noch kurz vor der NS-Machtergreifung nicht etwa in einer Diktatur Hitlers, sondern in einer Säbelherrschaft des Generals von Schleicher die größte Gefahr. Gewiss ließe sich argumentieren, diese Fehleinschätzung sei eine lässlichere Sünde als die Politik auch nur des gemäßigten DVP- beziehungsweise DNVP-Flügels; allein, weiterführend wäre dies nicht. Denn dann könnten mit ähnlichem Recht CDU, CSU und FDP der Sozialdemokratie ihre historischen Irrtümer in der Aufbauphase der Bundesrepublik zum Vorwurf machen: die Opposition der SPD gegen die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards oder die europäische Westintegrationspolitik Konrad Adenauers.

Vor diesem Hintergrund stehen „historische“ Urteile über eine besondere Verantwortung von CDU-CSU-FDP- „Vorläufern“ für die Ermöglichung Hitlers auf sehr unsicherem Grund. Adenauer war jedenfalls nicht einmal ein verkappter Wiedergänger Hugenberg's oder auch nur Brüning's. Beide spielten nicht zufällig im Aufbauprozess der bürgerlichen Parteien nach 1945 keine Rolle, während die aus dem Widerstand oder der inneren Emigration kommenden Kräfte eindeutig die Richtung bestimmten. Dass ein rheinland-pfälzischer Landtagspräsident also kürzlich seine Hinwendung zur SPD damit erklärte, dass er sich als junger Mensch „von vielen alten Nazis“ in CDU und FDP abgestoßen gefühlt habe, hat mit der geschichtlichen Realität wenig zu tun.